

20.09.2005

Nazis versenken!

Infos zur Nazidemo am 8.10. in Friedrichshafen

Aufruf: Nazis Stoppen!

Die Demonstration des "Freien Widerstandes Süddeutschland" am 08.10.05 in Friedrichshafen zum Desaster werden lassen

Für Samstag den 08. Oktober mobilisiert der Freie Widerstand Süddeutschland (siehe IDGR: Kameradschaft Süd und Kameradschaften) zu einer angemeldeten Demonstration nach Friedrichshafen unter dem Motto "Demonstration statt Repression - Polizeiwillkür stoppen - Dorfsheriffs aushebeln".

Hintergrund der angemeldeten rechtsextremen Demonstration sind Einsätze der Polizei gegen die zunehmenden Aktivitäten der Neonazi-Szene im Bodenseeraum. Am 20. August kam es in Überlingen während einer "angeblichen Geburtstagsfeier" zu Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und der Polizei, in deren Verlauf es zu Warnschüssen kam. Am gleichen Tag wurde bei einer Grillparty der Neonazis in der Nähe von Wangen eine Lautsprecher-Demoanlage, Flugblätter, CD's mit rechtsextremistischen Liedern und diverses Propagandamaterial durch die Polizei beschlagnahmt. Darüber haben wir berichtet und ausführlichere Informationen finden sich dazu in unserer Chronologie.

Die rechtsextreme Gruppierung "Freie Widerstand Süddeutschland" mobilisiert nun am 08. Oktober zu einer Demonstration nach Friedrichshafen. Die Demonstration wird unterstützt von Autonome Nationalisten München, Autonome Nationalisten Schwaben, Freie Kräfte Hamburg, Freie Nationalisten Cham, Junge Nationaldemokraten München, Kameradschaft Asgard-Ratisbona, Kameradschaft Augsburg, Kameradschaft Main-Spessart, Kameradschaft München, Kameradschaft Stuttgart, Widerstand Schwaben. Als Redner treten auf: Hartmut Wostupatsch (Würzburg), S. Schneider (Region Schwaben), Alexander Hohensee (Hamburg), Philipp Hasselbach (München), Hayo Klettenhofer (München), Norman Bordin (Ottobrunn) (siehe IDGR: Norman Bordin und wikipedia: Norman Bordin. Die Auflistung der Unterstützerinnen und Redner verdeutlicht, dass es sich um einen der größten Neonaziaufmärsche der jüngeren Geschichte in der Bodenseeregion handeln wird.

Rassistischem, nationalistischem und rechtsextremen Gedankengut darf kein Raum für Propaganda und Aktivitäten gegeben werden - verhindern wir gemeinsam den Aufmarsch der rechtsradikalen Kameradschaften. Mobilisiert in euren Freundeskreisen, in der Nachbarschaft, an den Schulen, auf der Arbeit, in den Gewerkschaften und beteiligt euch an den Vorbereitungen.

Wir halten euch über Treffpunkte, Aktivitäten gegen den Aufmarsch und Vorbereitungstreffen auf dem laufenden.

Neonaziaufmärsche konnten in der Vergangenheit meist nur durch große Aufgebote von schützenden "Stadt- und Dorfsheriffs" im stundelangen Stop and Go Verfahren - gegen die protestierende Bevölkerung durchgesetzt werden.

Dies soll in Friedrichshafen nicht anders werden. Denn es gibt nichts peinlicheres, wenn sich Neonazis von den Dorfsheriffs schützen lassen müssen, um Polizeiwillkür stoppen zu wollen. Die Neonazis treffen sich am Sa. 08. Oktober um 13.00 Uhr / Bahnhof Friedrichshafen Stadt.

Den Neonaziaufmarsch zum Desaster werden lassen!
Kein Fußbreit den Faschisten!
Mit antifaschistischen Grüßen
Antifa Ravensburg

Redner auf der Nazidemo



Norman Bordin (rechts) bei der NPD-Demo am 20.03.2004 in München

Norman Bordin (München)

In Freilassing Gründung des Aktionsbüro Süd.

2001 wird Bordin zu 15 Monaten Haft verurteilt wegen der Beteiligung an dem Überfall auf einen griechischen Passanten im Schlachthofviertel. Nach seiner Entlassung wird er wieder der Anführer der Kameradschaft München, vor kurzem Mitglied der NPD und Gausekretär Süd des KDS.

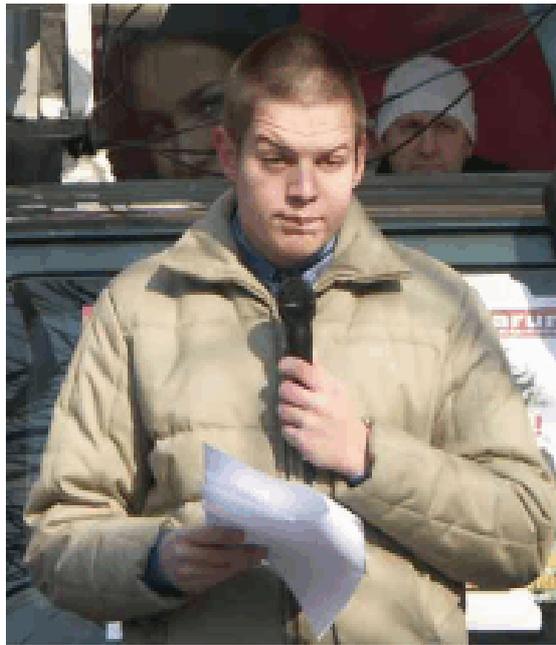
Versammlungsleiter bei der Gründungsveranstaltung des „Stützpunkt München“ des KDS am 8.5.2004.



Hayo Klettenhofer (links) bei der NPD-Demo am 20.03.2004 in München

Hayo Klettenhofer (München)

ehemaliger politischer Stellvertreter Bordins in der Kameradschaft München, Mitglied im KDS. Gründete mit Philipp Hasselbach die “Autonomen Nationalisten München”. Tritt immer öfter als Anmelder, Versammlungsleiter und auch Redner bei Kundgebungen in München in Erscheinung



Alexander Hohensee (Hamburg)

Ein Zögling von Christian Worch. Mitglied der Freien Kameradschaften, bereits mehrfach als Anmelder und Organisator von und Redner auf Nazidemos (v.a. im Hamburger Raum) aufgetreten. Bei einer Podiumsdiskussion über Rechtsextremismus 2004, die er und andere Nazis störten, bekannte er lautstark: "Ich bin ein Nationalsozialist."



Hartmut Wostupatsch (München)

ehemaliger Kader der verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten ANS/NA von Michael Kühnen und dort im "Amt für nationalsozialistische Lebensanschauung und Schulung" aktiv. Häufiger Redner auf Nazidemos v.a. in NRW zu so ziemlich jedem bei Nazis beliebten Thema. Nicht unumstritten in der Naziszene; es kam schon mal zum Knatsch wg. seiner Kontakte zum Staatsschutz. NPD und einige Neonazigruppen brachen den Kontakt zu ihm ab.



Philipp Hasselbach auf einer Nazidemo in Hamburg-Harburg 2005

Philipp Hasselbach (Essen/München)

Mit Hayo Klettenhofer Gründer der Gruppe "Autonome Nationalisten München", ebenfalls häufiger Organisator von und Redner auf Nazidemos.

Norman Bordin

Eintrag in Wikipedia

Norman Bordin ist ein in [München](#) ansässiger [Neonazi](#)-Kader. Nach Einschätzung des bayrischen Landeskriminalamts zählt er zu den "Schwergewichten in der bundesrepublikanischen Neonazi-Szene der militanten [freien Kameradschaften](#)."

Der aus [Geldern](#) stammende Bordin wurde Anfang der 1990er Jahre in der rechtsextremistischen Szene aktiv. Bereits als 17-jähriger wollte er 1993 an einer verbotenen Gründungsveranstaltung des nordrhein-westfälischen Landesverbands der "[Deutschen Nationalisten](#)" (DN) in Dortmund teilnehmen. In den folgenden Jahren arbeitete er eng mit dem Duisburger "Kameradschaftsführer" Michael Thiel zusammen und pflegte gute Kontakte zum Düsseldorfer "Kameradschaftsführer" [Sven Skoda](#). Nach seinem Umzug 1997 nach [Velbert](#) baute Bordin das "Nationale Forum Niederberg" (NFN) auf, das eng mit der "Kameradschaft Düsseldorf" zusammenarbeitete und sich dem Spektrum der "[Freien Kameradschaften](#)" zurechnete. Dem NFN war der hauptsächlich aus Neonazis-Skinheads bestehende Velberter "Siepensturm" angegliedert, deren Aktivisten an mehreren Neonazi-Übergriffen wie beispielsweise einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in [Wuppertal](#) beteiligt waren. Nach Streitigkeiten mit dem ehemaligen Velberter-FAP-Funktionär Michael Räumke um die Führungspositionen zerfiel das NFN Anfang 1999. Bordin zog zunächst zurück nach Geldern und anschliessend nach [Freilassing](#) bei [München](#).

Zusammen mit Manfred Eichner, einem langjährigen Aktivisten und Mitglied des neonazistischen "Freizeitverein Isar 96 e.V." (FZV), rief Bordin hier bald darauf das "Aktionsbüro Nationaler Widerstand Freilassing" ins Leben und organisierte für den 5. August 2000 eine Demonstration unter dem Motto "Stoppt die EU-Diktatur - Solidarität mit Österreich!", die jedoch verboten wurde.

Im Anschluss an eine vom "Freizeitverein Isar 96 e.V." organisierte Geburtstagsparty am 13. Januar 2001 in München, bei der auch Aktivisten des "Aktionsbüros" teilnahmen, verübten etwa 20 [Neonazi-Skinheads](#) einen Überfall auf einen 31-jährigen Griechen, bei dem der Angegriffene fast zu Tode geprügelt wurde und die Attacke vermutlich nur überlebte, weil ihm mehrere

türkische Jugendliche zu Hilfe kamen. Der damals 24-jährige Bordin wurde zu einer 15-monatigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen Körperverletzung und versuchter Körperverletzung verurteilt. Im Gefängnis schlug er einen Zellengenossen zusammen.

Im Dezember 2001 gründete Bordin die "[Kameradschaft Süd](#) - Aktionsbüro Süddeutschland" (AS), die ein Auffangbecken für die Mitglieder des "Freizeitvereins" nach dessen Auflösung bildete. Nach Bordins Inhaftierung im Sommer 2002 übernahm der Rechtsextremist [Martin Wiese](#) die Führungsrolle bei der Kameradschaft, der im Mai 2005 unter anderem wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung im Zusammenhang mit einem Anschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in München zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde.

Nach seiner Haftentlassung wurde er Mitglied im [Kampfbund Deutscher Sozialisten](#) (KDS) und fungierte seit dem 8. Mai 2004 als "Stützpunktleiter" des KDS in München, sein "politischer Stellvertreter" war sein langjähriger Freund [Hayo Klettenhofer](#). Im Internet erschien die Website des KDS-Stützpunkt München unter dem Dach des "Nationalen Widerstand Süddeutschland" ("[Widerstand Süd](#)"), unter dem auch das "Aktionsbüro Süd" und das "[Nationale Infotelefon](#) (NIT) Süddeutschland" versammelt sind. Der Neonazi [Friedhelm Busse](#) hatte Bordin in der [Justizvollzugsanstalt Bernau a. Chiemsee](#) kennengelernt und ihn zu seinem Nachfolger "in der Führung des Nationalen Widerstandes" ernannt. In einem Rundbrief vom 27. Februar 2004 schrieb Busse: *"Ich habe während meiner bisherigen Haftzeit in der JVA Bernau einen zuverlässigen und unbeugsamen Kameraden kennen und schätzen gelernt, der mein vollstes Vertrauen besitzt. Darum habe ich meinen Kameraden Norman Bordin beauftragt, meinen Platz in der Führung des Nationalen Widerstandes einzunehmen. Norman Bordin ist jung, hat die notwendigen*

Führungseigenschaften und Ideen für den politischen Kampf, die heute erforderlich sind. Ich selbst bin jetzt 75 Jahre alt und gesundheitlich schwer angeschlagen. In dieser Situation sollte man einem jüngeren Kameraden in der Führungsspitze Platz machen und ihm die Verantwortung der politischen Führung übertragen. Daher fordere ich alle Kameradinnen und Kameraden des Nationalen Widerstandes auf, Norman Bordin das gleiche Vertrauen und die gleiche Gefolgschaftstreue zu schenken, wie man es mir, zum Teil in jahrzehntelanger Treue und Opferbereitschaft getan hat. Von Norman Bordin verlange ich, daß er stets der gute Kamerad ist, der um seine schwere Verantwortung weiß, die ab sofort auf ihn zukommt. Er soll auch engen Kontakt mit der einzigen Nationalen außerparlamentarischen Opposition, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) halten, die als Phalanx des nationalen Befreiungskampfes eines Tages die Mitverantwortung für die Gestaltung unseres künftigen Staates tragen wird."

Seit Sommer 2004 entfernte sich Bordin zunehmend vom KDS und näherte sich wie der gesamte "Nationale Widerstand Süddeutschland" zunehmend der [NPD](#) an. So demonstrierten sie beispielsweise am 23. August 2004 vor der [Feldherrnhalle](#) in München mit Fahnen der Partei, im Gegenzug berichtete die NPD über eine von Bordin organisierte "[nationale Montagsdemonstration](#)". Am 29. September 2004 trat Bordin in die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ein. In einer Sendung des [ARD-Magazin "Report Mainz"](#) äußerte sich der Bayerische Innenminister [Günther Beckstein](#) (CSU): "Das ist für mich völlig eindeutig, dass Bordin ein gewaltbereiter Mensch ist. Der aber auch Reden führt, die eindeutig andere Menschen dazu bringen können, Gewalt für berechtigt zu halten." Gleichzeitig verwies Beckstein die neue Strategie der NPD, Neonazis aus den sogenannten "[Freien Kameradschaften](#)" zu integrieren und warnte vor einer Unterwanderung der NPD durch gewaltbereite Kräfte: "Wenn die NPD gewaltbereite Leute in ihre Organisation aufnimmt, dann sind die nach wie vor gefährlich, weil sie Aktionen planen könnten - unter dem Deckmantel der NPD." Bordin hatte in einer Presseerklärung weitere "revolutionäre Kräfte" aufgefordert, in die Partei einzutreten: "Es ist doch das, wovor dieses System Angst hat. Eine legale Struktur, welche praktisch 'unverbotbar' ist." In eine ähnliche Richtung zielten Bemerkungen des KDS-Chefs [Thomas Brehl](#) zum Parteieintritt Bordins.

Bordin tritt mittlerweile bundesweit auf NPD- und Neonazi-Veranstaltungen als Anmelder und Redner auf und gilt als einer der wichtigsten Kader der rechtsextremistischen Szene. Im Bundestagswahlkampf tritt er im Wahlkreis München-Land (Wahlkreis 223) als Direktkandidat an.

Weblinks

- www.terz.org/texte/ "Ortsfremde" Neonazis aus NRW wüten in München
- www.idgr.de/ Neonazi-Führer Bordin in die NPD eingetreten. idgr (25. Oktober 2004)
- lexikon.idgr.de/ Kameradschaft Süd
- www.swr.de/report/ NPD-"Volksfront" - Neonazis und Gewalttäter wollen an die Macht. Report Mainz vom 25. Oktober 2004]
- www.stmi.bayern.de/ Neonazismus und Rechtsextremistische Gewalt, der VS informiert
- www.sueddeutsche.de/ Münchner Neonazi tritt gegen Otto Schily an (4. August 2005)

Neonazi-Führer Bordin in die NPD eingetreten

idgr - 25. Oktober 2004

Mit Norman Bordin ist ein weiterer hochrangiger Neonazi in die NPD eingetreten, wie das ARD-Magazin "Report Mainz" in seiner heutigen Sendung berichtet. Bordin ist bereits seit dem 29. September 2004 Mitglied der NPD und ergänzt somit die von der NPD ausgerufene "Volksfront von

Rechts". Bordin wurde verurteilt wegen Körperverletzung und versuchter Körperverletzung. Er war beteiligt an einer Schlägerei im Januar 2001, bei der ein Grieche fast zu Tode geprügelt wurde.

Bayerns Innenminister Günther Beckstein, CSU, nennt Norman Bordin in der Sendung einen "gewaltbereiten Menschen, der auch Reden führt, die eindeutig andere Menschen dazu bringen können, Gewalt für berechtigt zu halten." In bezug auf die neue Strategie der NPD, Neonazis aus den sogenannten "Freien Kameradschaften" in die Partei aufzunehmen, warnt Beckstein vor einer Unterwanderung der NPD durch gewaltbereite Kräfte. Beckstein sagte weiter: "Wenn die NPD gewaltbereite Leute in ihre Organisation aufnimmt, dann sind die nach wie vor gefährlich, weil sie Aktionen planen könnten - unter dem Deckmantel der NPD."

Im Internet fordert Bordin laut der Pressemitteilung von "Report Mainz" weitere "revolutionäre Kräfte" auf, in die Partei einzutreten. Bordin wörtlich: "Es ist doch das, wovor dieses System Angst hat. Eine legale Struktur, welche praktisch 'unverbotbar' ist."

Norman Bordin zählte zum Umfeld des mutmaßlichen Rechtsterroristen Martin Wiese. Wiese war Nachfolger von Bordin als Führer des "Aktionsbüros Süd" oder auch "Kameradschaft Süd". Gegen Wiese hat der Generalbundesanwalt Anklage erhoben wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Wiese soll als Anführer einen Anschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in München geplant haben.

Die Orientierung von Wiese zur NPD zeichnete sich schon seit einiger Zeit ab. Noch vor einigen Monaten war Bordin als "Stützpunktleiter" des "Kampfbundes Deutscher Sozialisten" (KDS) in München aufgetreten. Dieser KDS-Stützpunkt München hatte seine Webseiten unter dem Dach des "Nationalen Widerstand Süddeutschland" in das Internet gestellt. Unter diesem Dach erscheinen weiterhin das "Aktionsbüro Süd" und das "Nationale Infotelefon (NIT) Süddeutschland"; die Präsentation des KDS ist jedoch bereits vor mehreren Wochen gelöscht worden. Die Internet-Domain ist auf den Namen Bordins angemeldet; bis vor wenigen Wochen hatte Bordin als Adresse noch die Anschrift der Justizvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee angegeben, wo er seine Haftstrafe wegen der Körperverletzung abgesessen hatte. Statt der Propagierung des KDS hatte die Webseite des "Nationalen Widerstand Süddeutschland" zunehmend die NPD ins Spiel gebracht. Bereits am 23. August hatte das "Aktionsbüro Süd" mit einer NPD-Fahne vor der Münchner Feldherrenhalle demonstriert; am 27. September veröffentlichte die NPD auf ihrer Webseite einen Bericht von Norman Bordin über eine "Montagsdemonstration" der Neonazis in München.

Bereits am 11. September waren mit Thomas "Steiner" Wulff, Thorsten Heise und Ralph Tegethoff bekannte Figuren der "Freien Kameradschaften" in die NPD eingetreten; Mitte Oktober wurde der Parteieintritt von Michael Regener ("Lunikoff") bekannt, dem Sänger der als kriminelle Vereinigung verbotenen Rechtsrock-Gruppe "Landser". Der Eintritt von Bordin markiert einen weiteren Schritt der NPD bei der Öffnung für gewalttätige neonazistische Gruppen.

Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)

Eintrag im Lexikon des Informationsdienstes gegen Rechtsextremismus (idgr)

Gründung: 1.5.1999 in Krimnitz/Brandenburg, Sitz: Berlin, Publikationen: Der Gegenangriff, Wetterleuchten; Mitglieder: ca. 50

Mit der Gründung der Gruppe beabsichtigten die Initiatoren Michael Koth (Berlin), Thomas Brehl (Langen, Hessen), Michael Thiel (Duisburg) und Frank Hübner (Cottbus), ein "Diskussions- und Kampfforum auf der Basis des gemeinsamen Bekenntnisses zu Volk und Staat" zu bilden.

Programmatische Grundlage des KDS ist die "Langener Erklärung" vom 14. Februar 1999. "Rechten" wie auch "linken Sozialisten" wolle man eine Plattform bieten und so den Gegensatz von "Rechts" und "Links" aufheben. Auf seinen Webseiten, die auf Michael Koth registriert sind, propagiert der KDS einen "deutschen Sozialismus", gibt sich antikapitalistisch ("gegen die Diktatur des Kapitals") und tritt für "das Selbstbestimmungsrecht aller Völker" ein. Der "internationale Sozialismus marxistischer Prägung" wird als "Komplize des internationalen Kapitals" abgelehnt. Als "Sozialisten" werden hingegen einträchtig in einer Reihe Friedrich Engels, Josef Goebbels, Michael Kühnen und Nordkoreas Diktator Kim Jong Il präsentiert. In den "Grundsätzen eines sozialistischen Nationalismus" werden "Volk und Heimat" betont, Liberalismus und "One-World-Gesellschaft" abgelehnt. Auch Bezüge zur "Blut und Boden"-Ideologie der Nationalsozialisten ("Lebensraum") werden nicht gescheut:

Der Nationalismus ist die politische Nutzenwendung einer bodenständigen Raumsoziologie, die in der räumlichen Verwurzelung des Menschen im Boden seiner Heimat die entscheidende Voraussetzung seiner sozial-kulturellen Entwicklung sieht. Die Formel "Blut und Boden" unterstreicht die biologische und territoriale Doppelnatur der menschlichen Sozialisation, d.h. der Gruppenbildung des Menschen.[1]

Eine zentrale Rolle spielt der Antiamerikanismus. Die USA werden als "Hauptstütze" des "globalen Irrsinns" bezeichnet. Den Terroranschlag vom 11. September kommentierte Axel Reitz ("Gausekretär des Gau Rheinland") im "Gegenangriff" mit den Worten, dass "nun die USA etwas von dem zurückbekommen hatten, mit dem sie seit Jahrzehnten unliebsame Völker und Staaten traktiert hatten [...]. Der Terror war in das Land zurückgekehrt, von dem aus er seinen Lauf genommen hatte", in das "teuflische Amerika".[2]

Seit dem jüngsten Irak-Krieg wurde zur Solidarität mit Saddam Hussein aufgerufen. Doch auch die Solidarität mit Slobodan Milosevic hielt nach wie vor an.

Der KDS veranstaltet Treffen der in "Gauen" organisierten regionalen Gruppen; bei solchen Versammlungen erschienen schon mal einige Mitglieder in uniformähnlicher Bekleidung, die an SA-Uniformen erinnert. Die Gruppe sieht sich "in der Tradition des politischen Soldatentums" und vergibt daher auch "interne Dienstränge", die "die klare Struktur des KDS" fördern sollen. Die Versammlungen finden in Gaststätten statt, die auf der Webseite des KDS-Stützpunkt Essen als "Sturmlokale" bezeichnet wurden.

Aus dem engsten Umfeld von Michael Kühnen stammte Heinz Kronz, Chef des Ordnerdienstes des KDS. Schon Kühnen hatte auf eine Vereinigung "gewaltiger revolutionärer Ströme von rechts und links" gehofft. Auf der Website der KDS fand sich der Hinweis, Kronz sei "seit 30. Januar 2001 Träger des Silbernen Michael-Kühnen-Ehrenkreuzes".[3] Der "alte Kämpfer und jahrzehntelange Aktivist Kamerad Wilhelm K." ist "seit dem 20. April 2000 Träger des Michael-Kühnen-Ehrenzeichens in Silber"; dieser alte Kämpfer war "Angehöriger der Waffen-SS Division 'Hitlerjugend' und viele Jahre Förderer und enger Mitarbeiter von Michael Kühnen". [4] Den Titel "Ehrenmitglied des KDS" erhielt zum 1. Mai 2001 der ehemalige Goebbels-Adjutant Wilfred von Oven. [5]

Auf linker Seite fand die Strategie der KDS bislang keinerlei positives Echo, aber auch in der bundesweiten Neonazi-Szene gab es zunächst nur vereinzelt positive Resonanz. Lediglich in Nordrhein-Westfalen konnte der KDS einige wenige Anhänger gewinnen.[6] Mitglieder des dortigen KDS gründeten örtliche Kameradschaften: In Köln gründete Siegfried Lutz, vormals Aktivist der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), die "Freie Kameradschaft Köln", die sich dann nach einem SA-Mann in "Kameradschaft Walter Spangenberg" umbenannte[7]. Ähnlich

stellte sich die Situation innerhalb der "Kameradschaft Duisburg" dar, die sich auch "Kameradschaft Heinrich Bauschen" nennt und dessen Führungsaktivist der "Gausekretär" des "Gau/Ruhr des KDS" Axel Reitz ist.[8] Auch die Kölner Neonazigruppe war weitgehend personenidentisch mit dem "Gau Rheinland" des KDS.[9] Neben diesen Gruppen erschien ein "Stützpunkt Essen" unter Leitung von **Philipp Hasselbach** mit eigenen Webseiten.

Mitglieder der KDS nahmen wiederholt an Demonstrationsveranstaltungen der NPD teil, meldeten aber auch vereinzelt selber Veranstaltungen an. Zwei Demonstrationsanmeldungen des KDS im März 2000 in Köln führten zu Demonstrationsverboten, die eingehalten wurden. Eine Neonazidemonstration in Köln am 9. Dezember 2000 mit ca. 120 Teilnehmern wurde von einer Person der Kölner Neonazi-Szene, die dem KDS nahe steht, angemeldet.[10] 2000 trat der einstige Kühnen-Nachfolger Christian Worch und heutige Vernetzer der Freien Kameradschaften als Redner bei dem "Gautreffen Rheinland" auf.[11] Auch bei der Demonstration in Dortmund gegen die Wehrmachtsausstellung im Jahr 2003 wurde eine kleine Gruppe des KDS gesichtet.

Am 8. Mai 2004 wurde ein "Stützpunkt München" des KDS gegründet; an der Gründungsveranstaltung nahmen nach eigenen Angaben etwa 20 Personen teil. Versammlungsleiter war **Norman Bordin**, der Jahre zuvor die Kameradschaft Süd gegründet hatte und erst kurz zuvor aus der Haft entlassen worden war; sein "politischer Stellvertreter" war **Hayo Klettenhofer**. Bordin hatte während der Haftzeit in der JVA Bernau die Bekanntschaft von Friedhelm Busse gemacht und war von diesem im Februar 2004 in einem "Rundbrief an Kameradinnen und Kameraden des Nationalen Widerstandes in Bayern" zu dessen Nachfolger ernannt worden, der seinen "Platz in der Führung des Nationalen Widerstandes" einnehmen sollte.

Das "Nationale Winterhilfswerk" ist eine Tarnorganisation des KDS. Als Bankverbindung gab der KDS ein Konto bei der Postbank Dortmund auf den Namen Paul Breuer an.

cb/ak

Anmerkungen:

1. zit. nach: Thomas Grumke, Bernd Wagner: Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen: Leske + Budrich, 2002, S.399
2. ebd.
3. Website der KDS, eingesehen am 03.02.04
4. Website der KDS, eingesehen am 09.07.04
5. Website der KDS, eingesehen am 04.10.04
6. VS-Bericht Nordrhein-Westfalen, 1999
7. Grumke/Wagner, S.400
8. Antwort der Landesregierung NRW auf die Große Anfrage 1 der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2001 (veröffentlicht auf der CD-ROM "VS-Info 2001", hrsg. vom Innenministerium des Landes Nordrhein Westfalen)
9. Lokale und regionale Neonazi-Gruppierungen, VS-Bericht NRW, 2000
10. "Kampfbund Deutscher Sozialisten", VS-Bericht NRW, 2000
11. Grumke/Wagner, S.400

Quelle: http://lexikon.idgr.de/k/k_a/kampfbund-deutscher-sozialisten/kds.php

Hartmut Wostupatsch: Ein Nazikader unter der Lupe

Am Tag nach der Bundestagswahl kommt der Neonazi "HateSociety" im Internet ins Grübeln: "Die Npd wird es niemals schaffen! Es muss eine neue Kraft geben, zusammengesetzt aus allen Rechtsparteien mit geschulten Kadern und einem Charismatischen Führer!", schreibt er im Nationalen Forum. Und weiter: "Voigt wirkt auf mich wie ein Valium auf 2 Beinen; er hat zwar Ahnung- keine Frage- ist aber als Parteiführer ungeeignet! Spontan würde ich bei , Führungskräften' an Kamerad Wostupatsch denken, er hat Charisma, die nötige Intelligenz und ein geniales Redetalent!"

Erst im Sommer 2001 tauchte er (wieder) in der Neonaziszene auf, und schon ein Jahr später wollte ihn der eine oder andere in der (Partei-) Führerrolle sehen. Auch wenn der Name nicht ganz so arisch klingt: "Er sollte sich einen , Arbeitsnamen' zulegen", empfiehlt ein sich "Gates" nennender User im Internet. Für geeignet hält er den Mann jedenfalls: "Also ich denke mal das dieser ,Wostupatsch' den NS vertritt, wenn er schon mit Worch in Leipzig auf Demos auftritt."

Phoenix aus kalter Asche

Als Redner taucht er erstmals am 23. Juni 2001 neben **Annemarie Paulitsch** in Siegburg auf. In der Folge spricht er – zunächst mit Schwerpunkt in NRW, später auch in Ostdeutschland - zu so ziemlich jedem Thema, das Neonazis auf der Seele brennt. Im Juli 2001 in Gevelsberg pro "Todesstrafe für Kinderschänder", vier Monate später in Hagen für eine "Völkische Gemeinschaft statt Überwachungsstaat", ein paar Tage später in Schwelm wieder pro Todesstrafe, im Dezember in Bottrop für den "Erhalt der nationalen Energieversorgung – gegen den Abbau der Montanindustrie im Ruhrgebiet". Im Januar 2002 in Lüdenscheid träumt er von der "Reichsgründung vor 131 Jahren", im Februar und März pöbelt er in Bielefeld gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, die dort Station macht. Die "politische Repression im Sauerland" hat es ihm im April in Arnsberg angetan, und Mitte September trommelt er gemeinsam mit NPD-Parteichef **Udo Voigt** in Iserlohn für die NPD, die dort mit dem Direktkandidaten **Timo Pradel** antritt. Hinzu kommen Auftritte mit **Christian Worch** bei dessen Versuchen, in Leipzig bis zum Völkerschlachtdenkmal vorzudringen, in Karlsruhe, Gotha und Suhl. Gleich sein erster Einsatz als Redner in NRW hatte Folgen. Die Nachrichtenagentur AP meldete über die Demonstration in Gevelsberg: Festgenommen worden sei "ein 40-Jähriger wegen des Verdachts der Verunglimpfung des Bundespräsidenten, übler Nachrede und Verleumdung". Wostupatsch war zu weit gegangen. Daniel Cohn-Bendit bezeichnete er als "Rassegenossen" von Joschka Fischer, dem er wiederum den Vornamen "Josele" verpasste (Wostupatsch: "Was übrigens keine Verunglimpfung ist, es ist nichts weiter als die hebräische Koseformel für den schönen, alttestamentarischen Namen Josef"). Bedauern hatte er in diesem Zusammenhang für "den armen **Dr. Josef Goebbels**" übrig, "der diesen Namen mit ihm teilen darf". Und weiter ging es an jenem Nachmittag in Gevelsberg: Richard von Weizsäcker wäre "in besseren Zeiten, sprich in den Zeiten, wo in Deutschland noch Recht herrschte, 1945 mit einem Strick um den Hals am nächsten Baum aufgefunden worden". Ein "Deserteur und Feigling" sei Weizsäcker gewesen, einer, der "aktive Beihilfe zur Kinderschänderei" geleistet habe, "denn was die Bolschewisten in unseren Ostgebieten angerichtet haben, müsste ja jetzt eigentlich jedem klar sein". Wostupatsch voller Bedauern: "Irgendwie hat's damals auch nicht so ganz funktioniert mit dem Standrecht." Einmal so richtig in Fahrt, war er nicht zu bremsen: "Ich weiß von einer Bekannten aus Wuppertal, dass der jetzige Bundespräsident Rau es besonders liebte, bei Gartenpartys und anderen Gelegenheiten zwölf- bis 13-jährige Mädchen zu befummeln. Was das nun sein könnte, ob man da Kinderschänder dazu sagt oder ob man da nur von unsittlicher Belästigung sprechen könnte - wenn's stimmt, ich hab das aus glaubwürdiger Quelle, das bleibt jedem selbst überlassen." Und weiter ging's, als wäre man nicht auf einem

Bahnhofsvorplatz, sondern in einem Hinterzimmer: "Es ist übrigens der selbe Rau, der in seinem Privatjet bzw. von der Landesbank bezahlten Jet mit seinen Kumpanen zusammen fünf, nicht Hostessen, nicht Stewardessen, sondern Prostituierte brauchte." Zumindest den Aufmarsch in Gevelsberg konnte Wostupatsch nicht mehr mitmachen, weil er nach seiner Rede festgenommen wurde. Was seine Meinung aber eher bestätigt haben dürfte: "Dieser Staat ist ein Abgrund von Unmoral." Inzwischen weiß Wostupatsch, der wahlweise als "Regimekritiker", "parteiloser Regimekritiker", "nationaler Aktivist", "freier Aktivist" oder "freier Nationalist" angekündigt wird, etwas genauer, was er sagen darf, ohne direkt anschließend Handschellen klicken zu hören. Bestimmte Elemente seiner Reden kehren immer wieder: Sein Antisemitismus gehört ebenso dazu wie die ungebrochene Verklärung des "Dritten Reiches" oder Beleidigungen des politischen Personals der BRD. Und es gehören seine "Anti-Antifa"-Tiraden dazu, derer er sich selbst dann bedient, wenn weit und breit kein Gegendemonstrant zu sehen ist. Sein Publikum hört's gerne. "Erwähnenswert ist hier die rhetorisch brillante Rede des Kameraden Hartmut Wostupatsch, der die aktuellen Ereignisse immer wieder perfekt mit unserer Vergangenheit, dem Kampf des deutschen Frontsoldaten im Zweiten Weltkrieg und interessanten Hintergrundinformationen verknüpfte. Ganz nebenbei watschte er auch noch zwei, drei krakeelende Linke in einer Art und Weise ab, die bei diesen Subjekten vermutlich zu Depressionen führen müßte, wenn sie denn noch etwas merken sollten", resümierte das "Aktionsbüro Nord" nach der Juni-Demonstration in Leipzig. Wostupatsch war im Sommer 2001 aufgetaucht wie Phoenix aus der Asche. Dabei dürfte die Asche schon ziemlich kalt sein: Ende der 70er Jahre soll er in Würzburg für die Zeitung einer nationaldemokratischen Schülergemeinschaft verantwortlich gewesen sein. Ihr Name: "Volltreffer". Dem Störtebeker-Netz zufolge wurde er später wegen "Radikalität" aus den JN ausgeschlossen. Später sei er bis zu deren Verbot 1983 Mitglied der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten" (ANS/NA) von **Michael Kühnen** und dort im "Amt für nationalsozialistische Lebensanschauung und Schulung" aktiv gewesen. Danach verliert sich seine Spur erst einmal, was das "Störtebeker-Netz" mit einer "zeitweiligen Abstinenz aus beruflichen Gründen" erklärt. Seine Vorliebe für Schulungsarbeit scheint er sich bewahrt zu haben. Vor dem "4. Strategiekongress der Revolutionären Plattform in der NPD" (RPF) am 21./22. Juli 2001 in Thüringen wurde "Hartmut Wostupatsch (Ex-ANS)" als einer der Referenten neben **Steffen Hupka**, **Thomas Wulff** und **Jürgen Schwab** angekündigt. Wostupatschs Beitrag beim RPF-Kongress: "Nationaler Sozialismus - Utopie oder Programm für die Zukunft?" Mit diesem Thema scheint er in der Folge auf Tournee gegangen zu sein. Dokumentiert sind Vorträge zum Thema Nationalsozialismus im Raum Remagen und in Bamberg. Einiges spricht dafür, dass Wostupatsch mit seinem Lieblingsthema "Nationalsozialismus - was ist das eigentlich?" auch der Referent bei einer Schulungsveranstaltung in Wuppertal am 6. Juli 2002 war.

Des neuen Führers Thron wackelt

Unumstritten ist Wostupatsch, der unter dem besonderen Schutz von Worch zu stehen scheint, in der Szene inzwischen nicht mehr. Neonazigruppen aus Franken unterzeichneten im Oktober eine gemeinsame Erklärung, in der sie ankündigten, sie würden "den Kontakt zu Hartmut Wostupatsch ab sofort einstellen, ihn nicht mehr zu Veranstaltungen einladen bzw. auch keine Demonstrationen mehr besuchen, bei denen im Vorfeld schon klar ist, daß Wostupatsch dort als Redner auftritt". Hintergrund: Wostupatsch hatte den Vorwürfen zufolge ein Gespräch zwischen ihm, **Uwe Meenen** vom "Deutschen Kolleg" und einem Staatsschützer arrangiert und dabei "Organisationsinterna von freien Strukturen" ausgeplaudert. Wostupatsch, so das Fazit, sei ein Sicherheitsrisiko. Die NPD ist inzwischen gleicher Meinung. Deren Präsidium untersagte, "daß zukünftig Hartmut Wostupatsch aus Würzburg auf NPD-Veranstaltungen aller Art auftritt". Derweil wartet er immer noch auf sein Gerichtsverfahren wegen seines Auftritts in Gevelsberg. Eigentlich sollte ihm bereits Anfang Februar 2002 vor dem Amtsgericht Schwelm der Prozess gemacht

werden. Doch der Termin wurde erst einmal einlud. Wostupatsch gegen den abgesagt. Dabei hatte Wostupatsch in Bundespräsidenten: ein kleiner Schritt auf dem Kameradenkreisen schon die Werbetrommel Weg zum Führerdasein? Ein "Admiral Lütjens" gerührt. Ein solches Verfahren "Verunglimpfung übt schon einmal im Nationalen Forum: "HEIL des Bundespräsidenten" habe es "in 52 Jahren Wostupatsch! neeeeeee - ist nicht toll. Na ja - BRD noch nicht" gegeben: eine nicht so schnell aufgeben. Noch ein Versuch: , "rechtsgeschichtliche Premiere". "Johannes Rau Wir begrüßen unseren geliebten Führer, unseren vs. Hartmut Wostupatsch" hatte der Neonazi aus Reichskanzler Wostupatsch'. *hüstel* - dem Fränkischen als Überschrift des Flugblattes also, beim besten Willen - ich glaube das gewählt, mit dem er zur Gerichtsverhandlung klappt nicht!"

Naziaktivitäten rund um den Bodensee

Polizei hält Skinheads in Schach

Südkurier 22.08.2005

Ein Warnschuss, Pfefferspray und Festnahmen - Verstärkter nächtlicher Einsatz in der Innenstadt
Mit einem Warnschuss, Pfefferspray und Festnahmen hielt die Polizei in der Nacht zum Sonntag an die 50 Skinheads in der Innenstadt in Schach. Sie waren der Aufforderung der Polizei, die Innenstadt zu verlassen, nicht nachgekommen. Vorausgegangen waren zahlreiche Beschwerden von Bewohnern über Ruhestörungen.

Überlingen (sk) Erst nach mehreren Festnahmen und der Ingewahrsamnahme von nach Angaben der Polizei über zehn gewaltbereiten Skinheads kehrte in der Nacht zum Sonntag wieder Ruhe in die Innenstadt ein. Den Polizeiangaben zufolge hatten sich bereits am Samstagabend 40 bis 50 Personen aus dem Bodenseekreis und dem Raum Konstanz, die Polizeiangaben zufolge alle der Skinheadszenen zugerechnet werden, zu einer angeblichen Party getroffen.

Schon bei ersten Überprüfungen durch Beamte des Polizeireviers und nach Beschwerden von Bewohnern der Innenstadt über Alkohol konsumierende, teilweise laute Musik abspielende und Passanten anpöbelnde Skinheads, erhielten die einzelnen im Stadtgebiet angetroffenen Gruppen von der Polizei einen Platzverweis für die Innenstadt. Die letztlich auf über 40 Personen angewachsene Gruppe von Skinheads und Szeneangehörigen kam der Aufforderung der Polizei zum Verlassen der Innenstadt jedoch nicht nach. Daraufhin wollten die Beamten den 23-jährigen Rädelsführer festnehmen. Das Vorhaben führte zu einer Eskalation, denn die Polizeibeamten sahen sich einer zunehmenden Aggressivität der Skinheads gegenüber. "Diese beleidigten die fünf Polizisten nicht nur fortlaufend mit den übelsten Ausdrücken, sondern einige griffen die Beamten sogar an, um die vorläufige Festnahme ihres Gesinnungsgenossen zu verhindern", heißt es dazu von der Polizei. Nach mehreren tätlichen Angriffen, bei denen ein Beamter leicht verletzt worden sei und denen sich die Polizisten zunächst nur mit Hilfe des Einsatzes von Pfeffersprays hätten erwehren können, habe letztlich ein Warnschuss abgegeben werden müssen, "um die aggressiven Skinheads auf Distanz zu halten".

Erst nach dem Eintreffen weiterer Polizeikräfte benachbarter Dienststellen, konnten fünf der Wortführer unter den Skinheads vorläufig festgenommen und zum Polizeirevier gebracht werden. Alle fünf Festgenommenen haben sich nun unter anderem wegen "Widerstands gegen

Vollstreckungsbeamte" zu verantworten, teilte die Polizei weiter mit. Ein weiterer Tatverdächtiger aus der Schweiz, der wenig später auf dem Spielplatz in der Grabenstraße mit 15 weiteren Personen angetroffen wurde und sich der Festnahme durch die Polizei widersetzte, wurde auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Konstanz nach Beibringung einer Sicherheitsleistung am Sonntagmittag wieder auf freien Fuß gesetzt. Alle anderen vorläufig festgenommenen Personen wurden im Laufe der Nacht nach Feststellung ihrer Personalien von der Polizei wieder frei gelassen.

Die Polizei blieb im Verlauf der weiteren Nacht zum Sonntag äußerst wachsam und war in der Innenstadt verstärkt präsent, um so eine eventuell erneut eintretende Zusammenrottung der Skinheads und Ordnungsstörungen zu verhindern.

Polizeichef: Für Skins gilt null Toleranz

Schwäbische Zeitung 23.08.2005

FRIEDRICHSHAFEN/ÜBERLINGEN - Nach dem Skinhead-Auflauf am Samstag in Überlingen verspricht Karl-Heinz Wolfsturm, Chef der Polizei im Bodenseekreis, eine harte Linie gegen Gewalt von rechts: "Wir werden sehr sensibel und sehr aufmerksam sein." Zur Aufklärung der Vorfälle ist eine Ermittlungsgruppe eingerichtet worden.

Von unserem Redakteur Martin Hennings

Pöbelnd und teilweise schwer betrunken waren rund 50 rechtsextreme Skinheads und Gesinnungsgenossen am Samstagabend durch die Überlinger Innenstadt gezogen. Als Polizeibeamte anrückten und einen Platzverweis aussprachen, trafen sie auf massiven Widerstand und hohe Gewaltbereitschaft. Die Polizisten setzten körperliche Gewalt und Pfefferspray ein. Als etwa zehn Skinheads mit über den Kopf gezogenen Kapuzen laut schreiend auf die Beamten zustürmten, half nach Angaben der Ordnungshüter nur noch ein Warschuss, um sich vor der herannahenden Meute zu schützen. Es dauerte mehrere Stunden, bis sich die Lage in Überlingen wieder beruhigt hatte. Die Polizei hat die Personalien von über 30 Skinheads festgestellt und über zehn erkenntungsdienstlich behandelt.

Die Polizei will die Vorfälle nicht auf sich beruhen lassen. Mit der sofortigen Einrichtung einer sechsköpfigen Ermittlungsgruppe aus Beamten der Kriminalpolizei und des Polizeireviers Überlingen sollen die Vorfälle schnell und umfassend aufgeklärt werden. Alle Straftaten und Ordnungswidrigkeiten würden konsequent verfolgt, so die Ordnungshüter. Der Leiter der Polizeidirektion Friedrichshafen, Karl-Heinz Wolfsturm, machte in einer Pressemitteilung deutlich, dass die Polizei im Bodenseekreis mit allem Nachdruck und allen rechtlichen Möglichkeiten in der Skinhead-Szene ermitteln wird. Wolfsturm: Für dieses Klientel gelte "null Toleranz".

Gewaltpotenzial überrascht

Gegenüber der SZ sagte Wolfsturm, dass ihn die Plötzlichkeit und das Gewaltpotenzial der Störer vom Samstag überrascht habe. Bislang sei die Polizei von einer etwa fünfköpfigen, harten Skinhead-Szene im Raum Überlingen ausgegangen. Dort sei es immer wieder zu rassistischen Beleidigungen und Pöbeleien gekommen.

Im Großraum Friedrichshafen / Tettnang / Markdorf sind der Polizei rund 30 entsprechende Köpfe bekannt. Die seien am Samstag aber nicht dabei gewesen, Kontakte untereinander gebe es kaum. Die meisten der Randalierer vom Samstag kamen aus dem Raum Konstanz und aus der Schweiz.

Wolfsturm wagt keine Prognose, wie sich das Problem entwickeln wird. Die Polizei werde trotz der Vorfälle auf die Betroffenen zugehen. Sollte es aber zu weiteren Fehlritten kommen, werde man konsequent einschreiten, versprach der Polizeichef.

Ermittlungsgruppe gegen Skinheads

Südkurier 23.08.2005

Nach den Vorfällen am Wochenende mit 40 bis 50 Rechtsradikalen will die Polizeidirektion Friedrichshafen schnell handeln

Aufmarsch von Neonazis am 20. August zum Gedenken an Rudolf Hess.

Überlingen/Friedrichshafen (mba) Mit der Einrichtung einer sechsköpfigen Sonder-Ermittlungsgruppe reagierte die Polizeidirektion (PD) Friedrichshafen gestern auf den Auftritt von 40 bis 50 teils gewalttätigen Skinheads in Überlingen am Wochenende (wir berichteten). Die Ermittlungsgruppe aus Beamten der Kripo, darunter Staatsschutz, und des Polizeireviers Überlingen soll die von den Rechtsradikalen begangenen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten konsequent verfolgen. PD-Leiter Karl-Heinz Wolfsturm erklärt dazu, die Polizei im Bodenseekreis werde auch künftig "mit allem Nachdruck und rechtlichen Möglichkeiten in der Skinhead-Szene ermitteln", für diese Tätergruppe gelte weiterhin "null Toleranz".

Ziel der Ermittlungsgruppe sei es, die Vorfälle in Zusammenarbeit mit den Behörden in Konstanz und der Schweiz rasch aufzuarbeiten, um der Justiz eine zeitnahe Bestrafung der Tatverdächtigen zu ermöglichen. Zwei Drittel der rechten Chaoten war laut Polizei aus dem Landkreis Konstanz angereist, einige wenige aus der Schweiz; die aus dem Bodenseekreis stammenden restlichen Szene-Angehörigen kamen überwiegend aus der Raumschaft Überlingen.

Am Samstagabend hatten sich nach und nach verschiedene Skinheadgruppen wohl aufgrund von Mund-zu-Mund-Propaganda in der Überlinger Innenstadt getroffen und unter anderem Passanten angepöbelt. Nach Platzverweisen, die sie ignorierten, wurden die 40 bis 50 Personen gegenüber der Polizei zunehmend beleidigender und aggressiver. Als die Beamten deswegen den Rädelsführer, einen 23-jährigen Mann aus dem Landkreis Konstanz, in Gewahrsam nehmen wollten, eskalierte die Konfrontation: Etwa zehn der Rechtsradikalen stürmten mit über die Köpfe gezogenen Kapuzen laut schreiend auf die fünf Beamten zu - die sich die heranstürmenden Meute nur noch durch einen Warnschuss auf Distanz halten konnten. Nachdem weitere Unterstützungskräfte eingetroffen waren, darunter Bundespolizei, konnten fünf der Wortführer vorläufig festgenommen werden. Bei der Verfolgung einzelner Skin-Trupps in der Stadt leistete auf dem Spielplatz hinter dem Kaufhaus May der Wortführer dieser Gruppe, ein Skinhead aus der Schweiz, heftigen Widerstand. Während der Gewahrsam der anderen Skins im Laufe der Nacht aufgehoben wurde, musste der Schweizer Szene-Angehörige auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Konstanz erst eine Sicherheitsleistung beibringen.

Insgesamt stellte die Polizei die Personalien von rund 30 Skinheads fest und behandelte und über zehn davon erkennungsdienstlich.

Einige der Rechtsradikalen gaben in den Vernehmungen an, sie seien zu einer "Party" nach Überlingen gekommen - wo diese allerdings stattfinden sollte, wusste keiner. Bislang gebe es keine Hinweise auf ein organisiertes Treffen etwa im Zusammenhang mit dem Datum vom 20. August, zu dem es andernorts immer wieder Rechtsradikalen-Aufmärsche in Erinnerung an die Neonazi-Ikone Rudolf Hess gibt.

NPD-Anhänger nass gemacht

suedkurier.de - 16.08.2005

Überlingen - Ohne nennenswerte Störungen ist nach Mitteilung der Polizei am Samstagvormittag gegen 9 Uhr am Landungsplatz das Zusammentreffen von Personengruppen der rechten Szene sowie der Antifaschisten verlaufen. Rund 150 Personen waren einer Einladung der NPD zu einer Bodenseeschiffahrt gefolgt. Sie hatten sich am Überlinger Landungsplatz zur Schiffsabfahrt eingefunden. Dort wurden die Teilnehmer bereits von einer 14-köpfigen Personengruppe der Antifaschisten erwartet, die ihren Unmut mit entsprechenden Transparenten und lautstarken Parolen kundtat. "Während es zwischen beiden Gruppen teilweise zu hitzigen Diskussionen kam, wurden einzelne Veranstaltungsteilnehmer aus der Antifaschistengruppe heraus mit Wasserpistolen bespritzt", teilte die Polizei gestern weiter mit. Zur Verhinderung möglicher Auseinandersetzungen und Tumulte nahm die Polizei, die mit 20 Mann im Einsatz war, daraufhin die Wasserpistolen in Verwahrung. Außerdem hielten die Polizeibeamten beide Parteien bis zur Abreise der NPD-Gruppe mit einem Schiff nach Bregenz in Vorarlberg auseinander. Die Antifaschisten zogen danach unverrichteter Dinge wieder ab.

...und die Presse zum 8. Oktober...

Schon jetzt Furcht vor Ausschreitungen

suedkurier.de - 20.09.2005

Kundgebung am 8. Oktober von "Nationalen Sozialisten" beantragt - Gegendemonstrationen geplant

Die geplante Demonstration einer der rechten Szene nahe stehender Organisation namens "Nationale Sozialisten" hält die Friedrichshafener Stadtverwaltung sowie die Polizeidirektion Friedrichshafen in Atem. Geplant ist für den 8. Oktober eine Kundgebung, die sich gegen die Arbeit der Polizei richtet. Gegendemonstrationen sind bereits angekündigt. Ausschreitungen können nicht ausgeschlossen werden.

VON HERBERT GUTH

Friedrichshafen - Nachdem sich der SÜDKURIER am Montagmorgen um eine Stellungnahme von Oberbürgermeister Josef Büchelmeier zu der im Internet angekündigten Demonstration der "Nationalen Sozialisten" bemühte, liefen die Drähte heiß. Nach Abstimmung mit der

Polizeidirektion gab Büchelmeier dann am Nachmittag vor dem Gemeinderat eine Erklärung ab. Kern davon: Die Stadt Friedrichshafen lehnt die Demonstration der "Nationalen Sozialisten" am 8. Oktober in Friedrichshafen ab, kann aber die Genehmigung der öffentlichen Versammlung, die von dem Münchener Hayo Klettenhofer beantragt wurde, nicht versagen!

Erwartet werden derzeit etwa 150 Demonstranten, die der rechten Szene zuzuordnen sind. Diese wollen die Kundgebung vor dem Stadtbahnhof abhalten. Anschließend ist ein Demonstrationszug vor die Polizeidirektion in der Ehlersstraße geplant. "Die Polizeidirektion Friedrichshafen wird gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag die Demonstration schützen und dafür Sorge tragen, dass es zu keinen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kommt", heißt es in der Erklärung. Störungen bis hin zu massiven gewalttätigen Ausschreitungen müssen durchaus ins Kalkül gezogen werden. In Vorbereitung ist eine Gegendemonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Oberbürgermeister Büchelmeier wünscht sich an den Gemeinderat gewandt, dass dessen Mitglieder "Flagge für die richtige Seite" zeigen. Parallel dazu werden die Macher des im Frühjahr aus der Taufe gehobenen "Bündnis für Toleranz und Demokratie" aktiv. In diesem Bündnis sind die Friedrichshafener CDU, SPD, FDP, Grüne und die ÖDP vereint. "Wir planen eine Gegendemonstration aller demokratischer Kräfte in Friedrichshafen und im Bodenseekreis", sagte gestern Jürgen Schäfer von der CDU, der sich nicht nur mit dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Dieter Stauber einig weiß. Der SPD-Abgeordnete Norbert Zeller ist ebenfalls rührig dabei: "Mein Bestreben ist es, dass alle demokratischen Parteien zusammen mit den Gewerkschaften ein Aktionsbündnis schaffen", sagte er und ergänzt: "Die Anständigen sollen zusammenfinden, um sich der braunen Soße entgegenzustemmen!"

Nicht zuletzt rufen auch so genannte Antifa-Gruppen inzwischen im Internet zu Gegendemonstrationen auf. Erfahrungsgemäß, so heißt es aus Sicherheitskreisen, sind aus dieser Richtung massive Störungen zu erwarten. Büchelmeier ist deshalb davon überzeugt, dass der Leiter der Polizeidirektion Friedrichshafen, Karl-Heinz Wolfsturm, starke Polizeikräfte aus ganz Baden-Württemberg zusammenziehen wird, um die Sicherheit zu gewährleisten und Ausschreitungen zu verhindern.

Auslöser der geplanten Demonstration war ein Einsatz der Polizei am 20. August in Überlingen, der sich nach Darstellung der Polizei gegen Skinheads wandte. Im Internet-Aufruf zur Demonstration ist hingegen von einer "Gruppe junger nationaler Sozialisten" und "Partygängern" die Rede, gegen die die Polizei vorgegangen ist.

Häfler machen mobil gegen Rechts

Schwäbische Zeitung Online (szon.de) - 21.09.2005

FRIEDRICHSHAFEN - Mit einem Fest wollen der Deutsche Gewerkschaftsbund und das Friedrichshafener Bündnis gegen Extremismus am 8. Oktober für Weltoffenheit und Toleranz werben - und damit auf die geplante Demonstration einer rechtsextremistischen Gruppierung reagieren. 100 bis 150 "nationale Sozialisten" wollen an diesem Tag am Bodensee aufmarschieren.

Von unserem Redakteur Jens Lindenmüller

In einschlägigen Internet-Foren rufen Leute, die sich "nationale Sozialisten" nennen und sich hinter mit Hitler-Bart verunstalteten Babyfotos verstecken, zum Protest gegen "Polizeiwillkür" auf. Konstruierter Anlass für den geplanten Aufmarsch in Friedrichshafen ist der Großeinsatz der Polizei vor vier Wochen in Überlingen - als rund 50 dieser "nationalen Sozialisten" betrunken und pöbelnd durch die Innenstadt gezogen waren. Die darauf folgende Ankündigung von Polizeichef Karl-Heinz

Wolfsturm, "null Toleranz" gegenüber der rechtsextremen Szene walten zu lassen, werten die "nationalen Sozialisten" als "Kriegserklärung gegen alle jungen und freien Deutschen im Bodenseekreis". Als Veranstalter der am 8. Oktober geplanten Demonstration tritt eine Organisation namens "Freier Widerstand - Süddeutschland" auf.

Beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg weiß man über die Gruppierung noch nicht allzu viel. "Das scheint ein loser Zusammenschluss von Skinheads und Rechtsextremisten aus Bayern und Baden-Württemberg zu sein, dessen Bedeutung wir zurzeit als nicht sehr schwerwiegend einstufen", hieß es dort gestern in der Pressestelle. Erst ein Mal sei diese Gruppe öffentlich als Veranstalter einer Kundgebung beziehungsweise Demonstration in Erscheinung getreten: am 13. August in Heidenheim. Angeführt von einem gewissen Hayo Klettenhofer aus München marschierten dort rund 170 Rechtsextremisten auf und protestierten gegen "Antifa-Terror und Polizeiwillkür".

Jener Hayo Klettenhofer hat auch den Antrag für die Demonstration mit rund 150 Teilnehmern in Friedrichshafen gestellt. Oberbürgermeister Josef Büchelmeier lehnt den Aufmarsch zwar entschieden ab, musste ihn aber genehmigen. Das Recht auf Versammlungsfreiheit garantiert den Rechtsextremisten, dass sie wie beantragt am Häfler Stadtbahnhof eine Kundgebung mit "Gastrednern" aus der süddeutschen rechten Szene abhalten und rechte Parolen gröhrend zur Polizeidirektion in der Ehlersstraße marschieren dürfen.

"Da stehen wir drüber"

Paradox: Weil mit gezielten Störaktionen der linken Szene zu rechnen ist - Antifa-Gruppen haben im Internet bereits dazu aufgerufen - wird die Polizei ausgerechnet jene Leute schützen müssen, die gegen angebliche Willkür der Polizei protestieren. "Da stehen wir drüber", sagt Karl-Heinz Wolfsturm dazu. Es gebe sicherlich schönere Einsätze, doch es habe nunmal jeder das Recht, sich im Rahmen einer Demonstration über irgendwas oder irgendwen zu beschweren. Auch über die Polizei. "Es steht uns nicht zu, das zu kommentieren. Wir haben die Pflicht, die Demonstranten zu schützen, und diese Pflicht werden wir erfüllen", sagt Wolfsturm. Über die Anzahl der Beamten, die an diesem Tag zum Einsatz kommen werden, will der Polizeichef keine genauen Angaben machen. "Mehrere hundert" werden es aber wohl werden.

Auch friedlicher Protest gegen den Aufmarsch der Rechten ist geplant. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Bodensee-Oberschwaben hat bei der Stadt bereits eine Gegendemonstration angemeldet. Gemeinsam mit dem Bündnis gegen Extremismus, zu dem sich die im Häfler Gemeinderat vertretenen Parteien im Mai zusammengeschlossen haben, will man Flagge zeigen. Wie genau das aussehen wird, soll bei einem Treffen am kommenden Sonntag erörtert werden (siehe Infokasten). Im Raum steht ein Fest für ein weltoffenes und tolerantes Friedrichshafen.}

Der DGB Bodensee-Oberschwaben lädt alle Interessierten am Sonntag, 25. September, 18 Uhr, in die Räume der IG Metall (Riedleparkstraße 13) ein, um eine Gegenveranstaltung zum Aufmarsch der Rechtsextremisten vorzubereiten.

Aktionsbündnis ist geplant

suedkurier.de - 21.09.2005

Friedrichshafen (gut) Ein Aktionsbündnis gegen Rechtsradikalismus wird derzeit in der Bodenseeregion geschmiedet. Auslöser ist die Tatsache, dass am 8. Oktober eine Kundgebung von

etwa 150 oder mehr Angehörigen oder Sympathisanten der "Nationalen Sozialisten" in Friedrichshafen geplant ist (wir berichteten gestern). Diese wollen gegen die Polizei im Bodenseekreis demonstrieren. Der DGB Bodensee-Oberschwaben lädt jetzt alle interessierten Gruppierungen und Personen ein, um eine Gegenveranstaltung zum Aufmarsch der rechten Szene vorzubereiten. Angedacht ist auch ein Fest für ein weltoffenes und tolerantes Friedrichshafen. Das Treffen findet am Sonntag, 25. September, um 18 Uhr in den Räumen der IG Metall in der Riedleparkstraße 13 in Friedrichshafen statt.